

II 5995
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2975 J

1992-05-14

ANFRAGE

der Abgeordneten Haigermoser, Dolinschek, Meisinger, Peter, Fischl
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Betrug bei Sozialversicherungsleistungen

Nach Schätzungen des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger fallen jährlich etwa 2,8 Millionen Krankenstände mit 38 Mio. Tagen an. Davon werden 10 Mio. von den Sozialversicherungsträgern, 28 Mio. von den Dienstgebern finanziert. Nach Ansicht des Vorstandes des Wiener Sicherheitsbüros würden mindestens 84.000 Krankenstände in betrügerischer Absicht in Anspruch genommen.

Die vor kurzem durchgeführten Erhebungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales haben außerdem eine Betrugsquote von über 5 % bei den von den Arbeitsämtern ausbezahlten Leistungen festgestellt.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

Anfrage:

1. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine drastische Verringerung der jährlich mindestens 84.000 betrügerisch in Anspruch genommenen Krankenstände zu bewirken?
2. Werden Sie Gesetzesänderungen vorbereiten, die eine Verringerung der auf Kosten der Arbeitgeber beanspruchten Krankenstände ermöglichen? Wenn nein, warum nicht?
3. Wie stehen Sie zu der in anderen Ländern feststellbaren Tendenz, die ersten drei Tage Krankenstand nicht zu bezahlen, um den bestehenden Mißbräuchen entgegenzuwirken?
4. Welche Maßnahmen haben Sie seit Beendigung der Erhebung Ihres Ressorts in die Wege geleitet, um die Betrugsquote in Höhe von über 5 % bei den Leistungen der Arbeitsämter zu verringern? Sind erste Wirkungen schon feststellbar? Wann werden Sie die nächste Kontroll-erhebung durchgeführt?

fpc107/asbetrug.hai